



## Themen der Woche

Kalenderwoche 47 und 48 | 21.11. – 04.12.2011

### Stärkungspaktgesetz ist ein fauler Kompromiss

Das in dieser Woche gemeinsam von SPD, Grünen und FDP vorgestellte Paket ist ein fauler Kompromiss. Bereits der erste Entwurf der Landesregierung ist von den Experten in der Anhörung im Kommunalausschuss in der Luft zerrissen worden. Durch die Verhandlungen mit der FDP ist er nicht besser geworden. SPD, Grüne und FDP haben getrickst. Sie haben das Problem der Abundanzumlage nicht gelöst, sondern lediglich verschoben. Dass die Liberalen diesen faulen Kompromiss mittragen, zeigt, dass die FDP in Nordrhein-Westfalen kommunalpolitisch kaum verhaftet ist.

### 14 Milliarden Euro neue Schulden bis 2015 – Unter Schuldenkönigin Kraft gerät NRW immer mehr ins Hintertreffen

Schuldenkönigin Kraft führt NRW weiter auf der Verliererstraße. In Bayern hat das Landeskabinett

jetzt nicht nur beschlossen, in 2012 keine Kredite mehr aufzunehmen. Vielmehr kündigte Bayerns CSU-Ministerpräsident Seehofer an, dass sein Land im kommenden Jahr 250 Millionen Euro Schulden zurückzahlen wird.

Und NRW? Neue Kredite ohne Ende: Sie summieren sich nach der mittelfristigen Finanzplanung der



29.11.2011 – Karl-Josef Laumann, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, und Peter Biesenbach, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, halten das Stärkungspaktgesetz für nicht ausreichend.

grün-roten Minderheitsregierung von 2012 bis 2015 auf 14 Milliarden Euro! 2017 noch will Frau Kraft unter zwei Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Unter Frau Kraft gerät Nordrhein-Westfalen immer mehr ins Hintertreffen. Entgegen ihren Beteuerungen in einem Spiegel-Interview spart Frau

Kraft eben nicht, wo sie kann. Schon gar nicht beim Personal. Im Gegenteil: Die Personalausgaben steigen laut ihrer mittelfristigen Finanzplanung pro Jahr um rund 800 Millionen Euro. Und wenn Frau Kraft beklagt, dass der Bund den Ländern dauernd Steuereinnahmen wegnehme, dann will sie uns offenbar einen Bären auf die Nase binden. Denn NRW hat die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten. Doch die Schuldenkönigin lebt weiter kräftig auf Pump.

## Beim so genannten Feuerwehrführerschein steht die SPD weiter auf dem Schlauch

Ein Jahr hat die SPD im Düsseldorfer Landtag nun gebraucht, um die Brisanz in der Frage des so genannten Feuerwehrführerscheins zu erkennen. Die CDU-Landtagsfraktion hatte dagegen schon Anfang des Jahres in einem Antrag (Drs. 15/1973) zur Eile gedrängt und über eine Änderung des Straßenverkehrsgesetzes eine gute Lösung aufgezeigt. Doch damals stießen wir bei SPD und Bündnisgrünen auf taube Ohren. Im Laufe dieses Jahres hat die CDU im Düsseldorfer Landtag immer wieder aufs Neue Vorstöße unternommen, dass die grün-rote Landesregierung ihre Hausaufgaben in Sachen Feuerwehrführerschein macht. So haben wir sie im März aufgefordert, endlich zu handeln, nachdem der Verkehrsausschuss des Bundestages den Weg für einen Feuerwehrführerschein frei gemacht hat. Doch Rot-Grün tat wieder nichts. Im Gegenteil: Im Bundesrat hat die SPD-geführte nordrhein-westfälische Landesregierung die Initiative etwa von Bayern abgelehnt. Andere Sozialdemokraten wie etwa Ministerpräsident Beck aus Rheinland-Pfalz waren da vernünftiger.



Die Einsatzfähigkeit muss sichergestellt werden.

Im Juli dann ein erneuter Versuch der CDU-Landtagsfraktion. Anlass war eine Anhörung im Düsseldorfer Landtag, bei der sich Hilfsorganisationen wie das DRK, Malteser, Johanniter, die DLRG, das THW aber auch der Städte – und Gemeindebund

sich für den Feuerwehrführerschein stark machten. Auch sie liefen bei Rot-Grün ins Leere. Und im November setzten SPD und Grüne im Verkehrsausschuss des Düsseldorfer Landtags das Thema ohne Beratung von der Tagesordnung ab. Fazit: SPD und Grüne haben ein Jahr lang mächtig auf dem Schlauch gestanden. Und sie stehen immer noch auf dem Schlauch. Denn das, was die SPD heute vorgelegt hat, hilft den Freiwilligen in den Hilfsdiensten kaum.

## Fall Kaykin: Pauschale Zurückweisungen reichen nicht

Die Sondersitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration zu den Vorwürfen gegen die heutige Staatssekretärin Zülfiye Kaykin in einem „Untersuchungsbericht“ einer DITIB-Kommission hat keinerlei Entlastung gebracht. Fakt ist: Es gibt einen Bericht zur Tätigkeit der Begegnungsstätte der Duisburger Moschee, der unwidersprochen von der DITIB stammt und in dem sehr konkret und massiv Vorwürfe erhoben werden. Diese reichen von illegalen Kassen über Geldbezüge ohne Gegenleistung bis hin zu fehlerhaftem Umgang mit EU-Fördermitteln. Wir hätten gerne dazu präzise Fragen gestellt. Diese wurden uns von dem Ausschussvorsitzenden verwehrt.

Auch der Bericht des Ministers hat zu keiner Klärung geführt. Minister Schneider hat ebenso pauschal erklärt, an den Vorwürfen sei nichts dran, wie das zuvor bereits die DITIB gemacht hat. Doch pauschale Zurückweisungen reichen nicht. Insofern begrüßen wir es ausdrücklich, dass der Landesrechnungshof eine Prüfung angekündigt hat. Auch die Staatsanwaltschaft Duisburg hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Das entbindet uns als Parlament aber nicht davon, Fragen zu stellen. Da wir sie in der Sondersitzung mündlich nicht stellen durften, werden wir sie nun schriftlich an das Ministerium richten. So hoffen wir auf eine Antwort, die aussagekräftiger ist als die des Ministers heute.

## ÖPNV: Rot-Grün versteckt sich hinter einer „Zukunftskommission“ mit Leuten, die die Zukunft längst hinter sich haben

Seit Monaten warten wir auf die Einbringung des ÖPNV-Gesetzes. Doch da herrscht vollständige Funkstille. Stattdessen zaubern der nordrhein-westfälische Verkehrsminister Voigtsberger und sein Parlamentarischer Staatssekretär Becker jetzt

„*SPD und Bündnisgrüne gehen jeder sachlichen Diskussion systematisch aus dem Weg*“

eine so genannte „Zukunftskommission“ aus dem Hut. Bei der ÖPNV-Novelle scheint es derart zu haken, dass die rot-grüne Spitze im NRW-Verkehrsministerium noch mehr Zeit braucht und dieses Defizit mit der Einberufung eines Arbeitskreises kaschieren will. Schon vor Monaten hat die Expertenanhörung im Düsseldorfer Landtag zur ÖPNV-Novelle stattgefunden. Seit eineinhalb Jahren gehen SPD und Bündnisgrüne jeder sachlichen Diskussion beim Thema ÖPNV-Infrastruktur und Straßenbau systematisch aus dem Weg. Stattdessen verstecken sie sich hinter einer „Zukunftskommission“ mit einer rot-grünen Spitze aus einer ehemaligen Grünen Fraktionsvorsitzenden und einem ehemaligen roten Verkehrspolitiker – also mit Leuten, die die Zukunft längst hinter sich haben. Von Neutralität keine Spur. Hier soll offenbar auf Landeskosten knallharte Parteipolitik gemacht werden.

## Landesregierung muss Parlament endlich zur Strukturförderung unterrichten

Eine Landesregierung, die dem Parlament seit Monaten Informationen zur Ausgestaltung des laufenden NRW-EU-Ziel-2-Programmes schuldig ist, sollte bei der Kritik Dritten gegenüber vorsichtig sein. Die

im August schriftlich angekündigte Unterrichtung des Parlaments durch Wirtschaftsminister Voigtsberger ist bis heute nicht erfolgt. Es steht noch nicht einmal ein Termin fest. Die CDU-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, endlich für die Beibehaltung und zügige Umsetzung der innovativen Wettbewerbsverfahren zur Vergabe der NRW-EU-Ziel-2-Mittel Farbe zu bekennen. Bis zum Ende der laufenden Fördermittelperiode in 2013 sind laut Landesregierung noch 580 Millionen zu vergeben. Diese 580 Millionen müssen zu möglichst großen Teilen im Wettbewerb um die besten Ideen für unser Land vergeben werden. Stattdessen setzt die Landesregierung die Leitmarktwettbewerbe aus, informiert das Parlament trotz Ankündigungen nicht und versucht durch Kritik gegenüber Brüssel von den eigenen Versäumnissen abzulenken.



Am 21.11.2011 habe ich mich am Bundesweiten Vorlesetag in der Katholischen Grundschule Hückeswagen und in der Gemeinschaftsgrundschule Kreuzberg in Wipperfürth beteiligt. Beeindruckt war ich, wie lange und wie ruhig die jungen Schülerinnen und Schüler zuhören können. Vielen Dank für den freundlichen Empfang und die vielen interessanten Fragen von Euch.

Impressum:

Peter Biesenbach MdL

Patz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

Tel.: 0211/884-2735

[www.peter-biesenbach.de](http://www.peter-biesenbach.de)